

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(31. - öffentliche - Sitzung am 28. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung und die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) über den am 23. Januar 2019 stattfindenden Workshop der BGE in Braunschweig**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1994](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf der Grundlage der Vorlage des GBD (Vorlage 6) auf und bat den GBD und die Landesregierung, schriftlich zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Der Ausschuss kam überein, die Beratung in der für den 18. Februar 2019 vorgesehen Sitzung fortzusetzen und nach Möglichkeit abzuschließen, damit der Gesetzentwurf im Februar/März-Plenum abschließend beraten werden kann. Die Fraktion der Grünen kündigte die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

3. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten, insbesondere zu auswärtigen Terminen. Diese sollen zum Teil durch Delegationen des Ausschusses wahrgenommen werden. Der Ausschuss bat die Landtagsverwaltung, hierzu die erforderlichen Genehmigungen seitens der Präsidentin einzuholen.

Außerhalb der Tagesordnung beantragte die Fraktion der Grünen eine Unterrichtung über die Studie zur Feinstaubbelastung durch die Landwirtschaft durch das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz, die dem „Monitor“-Beitrag „Feinstaub durch Landwirtschaft: Seit Jahren verharmlost“ vom 17. Januar 2019 zugrunde lag. Der Ausschuss erkundigte sich nach den Gründen, warum im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein entsprechender Antrag abgelehnt worden war, und kam überein, über den Antrag nach fraktionsinternen Beratungen zu entscheiden.